

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes * Köln
Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische u. papierverarbeitende Industrie



26. Jahrgang Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf. monatlich 20 Pf. ohne Bestellgeld Köln, den 24. Mai 1930 Erscheint vierzehntägig Samstags Eingangsnummer kostet 10 Pfennig Nummer 11

Wie steht es um unsere Wirtschaft?

In den sogenannten führenden Wirtschaftskreisen gehörte es bisher gewissermaßen zum guten Ton, Ausblick und Lage der Wirtschaft so schwarz wie nur eben möglich zu malen. Damit stand schon immer unsere Ansicht im Widerspruch. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß unsere wirtschaftliche Gesamtlage besser sei, als sie von gewissen Kreisen geschildert wird. Auf jeden Fall fehlten bislang noch immer die Beweise für die so offensichtlich zur Schau getragene Mißstimmung. Diese unsere Einstellung wurde uns sehr oft zum Borwurf gemacht und als Hege der Gewerkschaftsböden hingestellt. Allerdings hat man nichts getan, uns eines Besseren zu belehren. Im Gegenteil. Man hat immer wieder das schon so oft verlangte Durchsichtigmachen der Wirtschaft zu verhindern gewußt und sich in wirtschaftlichen Dingen auf die alt geübte Geheimnisträumerei mehr denn je verweist. Man großzügigem Wagemut war bei den berechtigten Vertretern der Wirtschaft nichts mehr zu verspüren. Immer mehr erblickten sie doch der Weisheit letzten Schluß darin, bei jeder einsehenden Flaute die Arbeitsträfte auf Lager zu legen. Mit andern Worten: Man suchte die so viel gesandte und befandete Arbeitslosenversicherung möglichst ausgiebig dem eigenen Profit dienbar zu machen.

Um so erfreulicher ist es, wenn neuerdings sich doch eine optimistischere Auffassung über die kommende Entwicklung unserer Wirtschaft anzubahnen scheint. Namhafte Wirtschaftsführer gaben ihrem Glauben an eine bessere wirtschaftliche Entwicklung Ausdruck. Dieser Stimmungswandel kann einen Konjunkturumschwung anbahnen, der im Hinblick auf die immer noch vorhandene Arbeitslosigkeit sehr begrüßenswert ist. In verschiedenen Tageszeitungen wurden zu Ostern die Antworten auf eine Rundfrage veröffentlicht, die sich durchaus zuversichtlich für eine Besserung der Wirtschaftslage aussprachen.

Reichsfinanzminister Mosenhauer beantwortete die Frage: „Was wird aus der deutschen Wirtschaft?“ wie folgt: „Mit der Verabschiedung der Finanzvorlagen sind die Kreditwierigkeiten des Reiches beseitigt. Die Hebung des Kredits für das Reich bedeutet gleichzeitig auch eine Stärkung des Kredits der Wirtschaft und eine Entlastung des Kreditmarktes überhaupt, der nun nicht mehr zu Zeiten, die ohnehin kritisch sind, vom Reich in Anspruch genommen zu werden braucht. Dazu bekommt unser jetzt die Kreuger-Anleihe und die Mobilisierungsanleihe herein. Ferner wird die Durchführung des Finanzprogrammes im nächsten Jahre die Milderung der direkten Steuern ermöglichen. Ich hoffe auch, daß das Ermäßigungsgebot, das die Kapitalertragssteuer ausheben soll, möglichst bald vom Reichstag angenommen werden wird; das dürfte den Verkauf der Pfandbriefe und den Baumarkt fördern. Diese Umstände werden nach meiner Überzeugung dazu beitragen, die Krise zu überwinden, die unsere Wirtschaft durchgemacht hat. Das Geschäft beginnt bereits anzuziehen.“

Mosenhauer verweist darauf, daß die Tendenz an der Börse fester wurde und seine eigenen Beobachtungen von andern führenden Männern der Wirtschaft bestätigt werden. Der frühere Reichsminister Dr. Hamm spricht aus, daß die Arbeitslosigkeit drückend schwer auf Volk und Wirtschaft liegt. Er fährt fort:

„Oft hört man, daß darin sich ein dauerndes Schicksal der Schrumpfung abzeichne. Ich glaube nicht, daß ein solcher Pessimismus berechtigt wäre. Erbaulich und Gestaltungsarbeit, Unternehmerrichtung und Arbeitsfleiß sind ungebrochen und können den Wettbewerb mit dem Auslande wohl bestehen. Freilich kann durch diese Kräfte Mangel an Kapital und Absatz im In- und Auslande nicht überwunden werden, wenn nicht der Staat mithilft. Es gilt, der deutschen Landwirtschaft bevorzugten Absatz im Innern zu sichern und gleichzeitig die industrielle Ausfuhrpolitik fortzusetzen. Bei der Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft kommt ein Drittes hinzu. Die schweren Erschütterungen ausländischer Märkte und Preise zeigen, daß auch dort die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und wenn sie vielleicht auch

Anlaß zu neuen Kräftezusammenfassungen und Antrieben geben werden, so bleiben auf weiteste Sicht hinaus für die deutsche Wirtschaft doch Möglichkeiten genug innerhalb der Weltwirtschaft, sei es auch unter manchen Verlagerungen. Es heißt also, sich auf die eigenen Kräfte und ihre Bedingungen zu besinnen, wie sie in der Wirtschaft wie vom Staate her zu erfüllen sind, und so mitzuwirken an einer neuen Auferstehung in Staat, Volkskraft und Wirtschaft.“

Dr. Hamm steht der Landwirtschaft nahe; er wird also nicht veräumen dürfen, im Sinne seines letzten Satzes auf die Landwirte einzuwirken. Durch die Agrargesetze vom 14. April wurden ja die Wünsche der Landwirtschaft in einer Weise verwirklicht, wie sie es kurz vorher selbst kaum erwartet hätte. Es muß aber auch ausgesprochen werden, daß die Erfüllung sozialpolitischer Wünsche eine außerordentlich starke Belastung der breitesten Verbraucherschichten bedeuten und die Grenze des Tragbaren schon überschritten ist. Auf keinen Fall geht es an, daß die Landwirtschaft allein auf Kosten der andern Schichten Staatshilfe verlangt, und den Weg der genossenschaftlichen Selbsthilfe, wie er in außerdeutschen Ländern erfolgreich beschritten wird, nicht findet. Dann wird auch von dieser Seite her unsere gesamte Wirtschaftslage einen wesentlichen Auftrieb erfahren, und es wird außerdem ein nicht unbeträchtlicher Teil der bisher zur Unterstüßung der Landwirtschaft verwendeten Staatsmittel für produktive Zwecke frei werden.

Vom Leiter des Institutes für Konjunkturforschung, Dr. Wagemann, wird zu dieser Frage gesagt:

„Wenn die Wirtschaft nach fast einem Jahre schwerer krisenhafter Erscheinungen in eine Depression (einstweiliger Tiefstand) übergegangen ist, so hat dies unmittelbar mit Youngs Gesetzen und Steuerprogramm wenig zu tun. Die gegenwärtige Depression ist zunächst nur ein Teilschnitt in dem konjunkturellen Rhythmus, der über kurz oder lang wieder zu einem Aufschwung führt. Der Organismus der deutschen Volkswirtschaft wird trotz aller Einschränkungen und Verkümmelungen, die Friedensvertrag und Reparationen bedeuten, in nicht zu ferner Zeit einer Aufwärtsbewegung entgegenstreben — vermöge der lebendig pulsierenden Kraft, die der Wirtschaft innewohnt. Die Methoden der Konjunkturforschung gestatten freilich nicht, schon jetzt den Zeitpunkt anzugeben, wenn der Landregen der Konjunktur, den die Depression darstellt, zu Ende sein und von gutem Wetter abgelöst werden wird.“

Vermöge der „lebendig pulsierenden Kraft“ — wenn das ein Spezialist auf dem Gebiete der Konjunkturforschung ausspricht, muß auch der gewöhnliche Sterbliche zu der Überzeugung kommen, daß eine Besserung unserer Wirtschaftslage durchaus möglich ist.

Diese Ansicht ist um so erfreulicher, da sie sehr wohlwollend von der bisher allgemein üblichen Stimmung abfällt. Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß die hier wiedergegebenen Meinungen maßgeblicher Wirtschaftsführer sich durchaus mit dem decken, was wir bisher immer vertreten haben. Hoffen wir, daß diese Voraussetzungen sich möglichst bald erfüllen, und daß der Kreis jener Unternehmer sich verringert, die mit ihrem ewigen Jammern und Klagen über den wirtschaftlichen Niedergang nur ihre Arbeiterleidenschaft zu mastieren suchen. Wohlzu werden augenblickliche Schwierigkeiten aufgebraucht und vergrößert, um den Kampf gegen Arbeiterrechte, gegen die verhassten Gewerkschaften, mit mehr Aussicht auf Erfolg durchzuführen zu können. Es wird also vor wie nach der wachsamsten Bereitschaft und unserer entschlossenen Abwehr bedürfen, um diese dunklen Absichten zu durchkreuzen. Alle wirklich aufbauenden Kräfte aber werden uns immer als freudige Mitstreiter an der Seite finden. Die Wirtschaft umfaßt ja nicht nur Unternehmer und Wirtschaftsführer, sie wird in ihrem Innern und im wesentlichen Teil getragen von der Arbeiterschaft. Ihr darf man also das Recht nicht abspreschen, an der Gestaltung der wirtschaftlichen Dinge mit zu beraten und auch einen entsprechenden Nutzen von ihrer Hände Arbeit zu ziehen.

Kritisches zum Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdrucker- und Hilfspersonal

Die Tarifunterhändler haben dem jugendlichen Hilfspersonal in Buchdruckereien in der reichsttariflichen Lohn- und Urlaubsregelung einen schlechten Dienst erwiesen. Gewiß hat es bisher dort, wo für Jugendliche keine örtliche tarifliche Vereinbarung abgeschlossen ist, vereinzelt Unternehmer gegeben, die das Hilfspersonal von 14—16 Jahren sehr niedrig entlohnten, und auch zum Teil Urlaubsgewährung verweigerten. Aber weniger Lohn, wie heute festgelegt ist, war auch hierbei kaum denkbar und im übrigen war der Personentpreis dieser Benachteiligten so beschränkt, daß die heute zutage tretenden Nachteile viel schwerer wiegen. Man verweist auf die Protokollnotiz, welche besagt:

„Wer als jugendlicher Arbeiter oder Arbeiterin im Alter von 14—16 Jahren nach bisherigem Abkommen höheren Lohn oder Urlaub erhält, darf infolge des Intrafretrens dieses Tarifvertrages in dem gleichen Betriebe keinen Lohn- oder Urlaubsverlust erleiden.“ Also lediglich ein Schutz für jene, die im gleichen Betrieb bleiben können. Die Differenz für einen männlichen Hilfsarbeiter im Alter von 14—15 Jahren beträgt beispielsweise vom örtlichen Kölner Abkommen zum Reichstarif RM. 5,64 und von 15—16 Jahren RM. 5,54 pro Woche. Diese Lohnspanne zwischen Ortsvertrag und Reichstarif beweist, daß die reichsttarifliche Neuregelung vollkommen unzureichend ist und geeignet erscheint, bei unsozial eingestellten Unternehmern die Meinung aufkommen zu lassen, das jugendliche Hilfspersonal bisher zu hoch entlohnt zu haben. In Einzelfällen hat dieser Umstand bereits schon dazu geführt, daß jugendliche Hilfsarbeiter ihre Dffizim verlassen mußten, um neu eingestellten billigeren Kräften, laut Reichstarif, Platz zu machen. Die Protokollnotiz sichert dem im Betrieb gebliebenen jugendlichen Personal lediglich den derzeitigen Lohn, aber keineswegs das bisherige örtliche Abkommen. Verweigert man doch vielfach dem inzwischen 15 Jahre alt gewordenen Hilfspersonal nicht nur die bisherige Lohnsteigerung laut altem Tarif, sondern man glaubt, in Einzelfällen sogar Lohnföhrungen nach Reichstarif lediglich auf den Umstand der veränderten Altersstufe herbeiführen zu können. Letzteres ist selbstverständlich tarifwidrig und kann abgelehnt werden. Da eine Firma glaubte sogar die Protokollnotiz ignorieren zu können, in dem sie die Lohnfestlegung nach den niedrigen Sätzen des Reichstarifs widerrechtlich anordnete.

In der Ferienfrage sind, gemessen an den Ortsverträgen, auch Nachteile an Hand der reichsttariflichen Regelung für jugendliche festzustellen. In Köln beträgt die Ferienauswirkung für Jugendliche von 14—16 Jahren gemäß örtlichem Vertrag bis zu 6 Tagen.

Unter den geschilderten Voraussetzungen hätte man besser getan, auf eine reichsttarifliche Regelung für Jugendliche zu verzichten.

In Nr. 31 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ wird unter der Signatur: „Die Stellung der Transportarbeiter in Buchdruckereien“ zum Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdrucker- und Hilfspersonal in einer Form Stellung genommen, die wir nicht unwiderprochen lassen können. Bekanntlich wurde doch in dem der Vereinbarung vorausgegangenen Schiedsspruch eine Abgrenzung des auf den Reichstarif entfallenden Personentpreises insofern ausgesprochen, daß Boten, Laufburschen, Einholer, Reinemachefrauen nicht von dem Vertrag berührt werden und letzteres schließlich in einer Protokollnotiz festgelegt. Der Verfasser des angezogenen Aufsatzes in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ fühlt sich genötigt, darauf aufmerksam zu machen, daß Untergenerationen des Hilfsarbeiterverbandes den freudhaften Versuch gemacht haben, auch die Löhne der vorerwähnten Arbeitergruppen den Tariflöhnen der Hilfsarbeiter gleich zu stellen. Die „ungewöhnlich hohen“ Reichstariflöhne, die besonders in der Provinz „überpannt“ wären, zwängen zu dem Umstand, den für den Reichstarif zuständigen Personentpreis so eng wie möglich zu ziehen. Es seien an einzelnen Stellen Vereinbarungen in der Form zustande gekommen, daß die wichtigsten Paragraphen aus dem Hilfsarbeiter-Mantel-

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald. Der Reichsarbeitsminister hat an die Sozialministerien der Länder in einem Rundschreiben zu der Frage „Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit“ Stellung genommen. Er stützt sich dabei auf die wiederholten Hinweise, daß trotz der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit noch immer in manchen industriellen Bezirken und Betrieben Mehrarbeit in erheblichem Umfang geleistet wird. Soweit die Mehrarbeit nach der geltenden gesetzlichen Arbeitszeitregelung ihre Grundlagen in tarifvertraglichen Vereinbarungen hat, entzieht sie sich, solange sie nicht über 10 Stunden täglich hinausgeht, der behördlichen Beeinflussung. Fehlen tarifvertragliche Vereinbarungen, so bedarf die Mehrarbeit in der Regel der behördlichen Genehmigung. Bei dieser Sachlage weist der Reichsarbeitsminister auf die Notwendigkeit nicht nur einer genaueren Durchführung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen für Arbeiter und Angestellte im allgemeinen hin, sondern vor allem auch auf eine sorgfältige und strenge Prüfung der Anträge auf behördliche Zulassung von Mehrarbeit, insbesondere nach der Richtung, ob nicht an die Stelle der Mehrarbeit die Einstellung neuer Arbeitskräfte treten kann. Selbstverständlich kann in manchen Fällen Mehrarbeit auch in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit vom Standpunkt nicht nur des Unternehmers, sondern auch der Arbeitnehmerin berechtigt sein, weil die vorübergehende Einstellung weiterer Arbeiter aus betriebswirtschaftlichen Gründen oder aus anderen wirtschaftlichen Gründen dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Der Reichsarbeitsminister will mit seiner Anregung nicht den Eindruck erwecken, als ob die Verhinderung oder Einschränkung von Mehrarbeit in jedem Falle als ein geeignetes Mittel zur Verminderung oder Behebung der Arbeitslosigkeit anzusehen wäre; vielmehr bedarf jeder Einzelfall besonderer Prüfung, sonst könnten zwecklose Behinderungen und Schädigungen der Industrie die Folge sein, die bei der jetzigen schwierigen Lage der Wirtschaft vermieden werden müssen.

Kündigungen und Lohnzahlungsfrist. Gerade nicht selten sind Fälle, wo entgegen den Bestimmungen des Buchdrucker-Lohns Lohnzahlungen statt an Freitagen erst am Samstag erfolgen. An solchen Tagen werden dann auch wohl die Kündigungen ausgefertigt. Es war es auch in einem Berliner Betrieb, wo schon seit Jahren Samstags die Lohnzahlungen und gegebenenfalls auch Kündigungen stattfanden. Ein am Samstag gekündigter Buchdruckerhilfsarbeiter erhob nach Ablauf der einwöchigen Kündigungsfrist Anspruch auf Nachzahlung einer vollen Lohnwoche, da die Kündigung vorchriftsmäßig hätte am Freitag erfolgen müssen. Die Kündigungsfrist beginnt jetzt erst am folgenden Freitag zu laufen. Eine Klage des Bekündigten am Berliner Arbeitsgericht hatte das Ergebnis, daß die Beklagte zur Nachzahlung einer Lohnwoche an den Kläger verurteilt wurde, trotzdem der Prinzipal geltend gemacht hatte, daß schon seit Jahren unwiderrprochen sich im Geschäft die Samstaglohnzahlung wie auch Kündigung herausgebildet habe. Abweichungen vom Tarif sind eben nichtig, die tariflichen Bestimmungen seien verpflichtend und der Tarif unabhängig.

Sie wollen nicht. Der „Deutsche Industrie- und Handelskammertag“ hielt in Berlin seine 50. Vollversammlung ab. Aus diesem Anlaß schreibt Herr Geh. Oberregierungsrat Dr. Friß Huber im „Berliner Tageblatt“ (168/1930) einen Artikel: „Vor neuen Aufgaben.“ Er ist ein Musterbeispiel für jene zahlreich vertretene Art von Aufwademotoren, die wunderfeine demokratische Worte machen, um daraus dann ihre alten und demokratischen Schlüsse zu ziehen. Der Artikel läßt sich mit folgenden Worten sehr nett an: „Eine grundsätzliche Reform des Handelskammerwesens auf der Grundlage eines Reichsgesetzes wird von den Kammern gutgeheißen. Der Sinn für das durch die Entwicklung Gebotene hat die wirklich bewegenden Kräfte erkannt. Wenn Deutschland wieder zum früheren Wohlstand gelangen soll, so muß die synthetische Kapital und Arbeit gefunden werden. . . Gerade weil die Kammern wissen, was Gemeinheitsinn für den einzelnen vermag, haben sie nie die Notwendigkeit verkannt, daß auch den Arbeitnehmern Anteil an den Fragen der Wirtschaft gewährt wird.“ Nach dieser Einleitung sollte man annehmen, daß nunmehr die partiitische Besetzung der Kammern gefordert wird. Das Gegenteil ist der Fall: „Einmütig abgelehnt wird es, daß partiitisch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Kammern geschaffen und damit die durch Jahrhunderte gewordenen Formen der Handelskammern zerstört werden.“ Anders ausgedrückt: Wirtschaftsdemokratie ist eine schöne Sache, aber an den alten Einseitigkeiten lassen wir unter keinen Umständen rütteln. Der im Wortspiel nicht bewanderte Laie nennt das ein wenig drastisch aber treffend: Sie wollen nicht. Daran ändern auch die besondern Arbeiterkammern nichts, die zur Wahrung des logischen Zusammenhanges von Dr. Huber eingehaltet werden, da solche Kammern zu einer gewissen Behebungslosigkeit verurteilt bleiben.

tarif, so z. B. Arbeitszeit, Überstunden, Feiertagsbezahlung, Urlaub in einem Sonderabkommen auf die dem „Transportarbeiterverband unterstehenden Personen“ übernommen wurden. Trotz eifrigen Bemühens der Gewerkschaften dürfte es aber bisher kaum gelungen sein, die Löhne des Hilfsarbeiter-Lohnstarifes auf diese Personen zu übertragen. Es ist recht naiv, anzunehmen, die nicht direkt am Produktionsprozess tätigen Hilfskräfte müßten sich in Bau und Bogen zu Transportarbeitern stampeln lassen. Im übrigen lassen sich dieselben bestimmen nicht vom Unternehmer vorschreiben, welche Organisation für sie als zuständig gelten kann. Suchen sie den Anschluß bei der Organisation, deren Funktionäre am besten den Wert ihrer Tätigkeit bemessen können, so muß sich der Unternehmer schon damit abfinden, daß graphische Organisationen auch tarifliche Forderungen geltend machen, die dem Reichstarif für Buchdruckerhilfsarbeiter entnommen sind oder denselben mindestens nahesteht. Die Unternehmer bezeichnen diese Hilfskräfte mit Vorliebe Transportarbeiter, aber von der Erwägung ausgehend, sie tarifrechtlich willkürlich behandeln zu können.

Hat es doch eine Zeit gegeben, wo die Hilfsarbeiter so mancher Drucker sich gerne allgemein mit dem tariflichen Lohn für Transportarbeiter abgefunden hätten, aber da verwiesen die Unternehmer auf den Reichstarif, ohne sich groß zu bedenken, ob dieselben technisch oder nicht technisch tätig waren. Auf jeden Fall haben jene Hilfskräfte eines Druckereibetriebes, welche z. B. kein verbrieftes Recht auf den Reichstarif haben, eine sehr enge Berührung mit dem technischen Personal, daß es nicht mehr wie billig erscheint, bei diesem tarifliche Annäherung zu suchen. Erfreulicherweise gibt es auch einsichtige Unternehmer, die den Tarifwärtigern schauen, und das gelernte Personal nach dem Reichstarif für Gehilfen und das Hilfspersonal allgemein, im Interesse der Berufsfreunde, dem Reichs-Hilfsarbeiter-Tarif unterstellen. Auf jeden Fall nehmen wir das Recht für uns in Anspruch, auch für das nicht technisch tätige Hilfspersonal tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fordern und durchzusetzen, wenn dasselbe unserer Organisation angeschlossen ist. Die reichsarbeitsliche Lohnregelung des Buchdrucker-Hilfspersonals ist, gemessen an der verantwortungsvollen, qualifizierten und stets drängenden Tätigkeit nicht zu hoch, um berechnete Kritik im Arbeitgeberlager wachzurufen. Die Buchdruckerbetriebe können es außerdem durchaus ertragen, daß alles ungelernete Personal nach den Sätzen des Reichstarif entlohnt wird. Das Stöhnen einzelner Provinzprinzipale beruht durchwegs auf dem Umstand von überweltlicher Beeinflussung reaktionärer Kreise oder von den Syndicis örtlicher Arbeitgeberverbände.

Wenn auch bestimmte Grenzen in bezug auf die Anwendbarkeit des Reichstarifes für Buchdrucker-Hilfsarbeiter gezogen sind, so müssen sich die Unternehmer doch damit abfinden, daß auch nicht technisch tätige Hilfsarbeiter bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifliche Anlehnung an die im Betriebe üblichen Verträge und nicht beim vollkommen abwegigen Transportgewerbe suchen.

Selbstverwaltung in der Unfallversicherung

Seit geraumer Zeit wird die Forderung einer mitbestimmenden und mitverantwortlichen Eingliederung der Arbeiter und Angestellten in die Selbstverwaltung der Unfallversicherung vertreten. Man geht dabei in erster Linie von dem Gedanken aus, daß die Selbstverwaltung der Beteiligten einen entscheidenden Faktor fortschrittlicher Entwicklung darstellt. Neben der Arbeitgeberchaft, die heute die Organe der Selbstverwaltung der Unfallversicherung allein befehlt, sind als Beteiligte in der Unfallversicherung die Arbeitnehmer nicht weniger wichtig. Beim heutigen Zustand hebt sich die Unfallversicherung mit ihrer Alleinherrschaft eines Teiles der Beteiligten von den übrigen Versicherungsträgern wesentlich ab. Sachliche Gründe sprechen keineswegs für diese Sonderstellung der Unfallversicherung. Das Programm des Reichsarbeitsministers für das Jahr 1930 sieht die Ausarbeitung eines Referentenentwurfes über die stückweise Einbeziehung der Arbeitnehmer in die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung durch Schaffung gleichberechtigter Unfallversicherungsausschüsse vor. Man wird diese Absicht leichter verstehen und ohne Einschränkung billigen, wenn man die moderne Wandlung des Aufgabengebietes der deutschen Sozialversicherung in den Vordergrund rückt. Dementsprechend wird auch die Unfallversicherung, statt allein den Unfallschaden zu vergüten, immer stärker dazu veranlaßt, Unfallschäden zu verhüten, Gesundheit und Arbeitskraft zu beschützen. Alle diese Maßnahmen zur weitgehenden Vermeidung der Rentenbedürftigkeit lassen eigentlich den Arbeitnehmer als den Hauptbeteiligten in der Unfallversicherung erscheinen. Er kann also unmöglich ausgeschlossen werden, wenn es sich um Ausbau des Bekleidenden, um Befestigung neuer Aufgaben handelt. Träger dieser neuen Forderung, der Unfallversicherung, soll die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung sein. Selbstverwaltung, wenn sie echt ist, umfaßt aber alle Beteiligten! Abgesehen selbst von der

Tatsache, daß durch die Unfallverhütung der Arbeitnehmer der eigentliche Hauptbeteiligte in der Unfallversicherung geworden ist, spricht für seine Einbeziehung in die Organe der Selbstverwaltung der ihm in der Reichsversicherung eingeräumte Anspruch.

Die gesamte Arbeitgeberpresse steht Kopf über diesen Referentenentwurf. Einseitlich wird dagegen Sturm gelaufen. Oft wird behauptet, daß schon die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den kommenden Unfallverhütungsausschüssen „eine starke Bedrohung der berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltung“ darstelle. Nun lehnt sich aber anderwärts die Selbstverwaltung aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, und diese Zusammenziehung hat stets gut funktioniert. Was hier möglich ist, müßte auch bei der Unfallversicherung erreichbar sein. Der Gebante der Selbstverwaltung wird gerade durch die Alleinherrschaft, wie sie heute besteht, stark bedroht.

Die Papierzeitung wirft in Nr. 27/1930 unter dem geschmackvollen Titel „Unberechtigte Angriffe gegen die Berufsgenossenschaften“ der Gewerkschaftspresse einfach vor, daß sie mit den Unfallstatistiken des Reichsversicherungsausschusses Mißbrauch treibe. Wohl deshalb, weil der einen oder anderen Berufsgenossenschaft gelegentlich einmal die Wahrheit gesagt wird. Es ist doch eine Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Betriebsunfälle auf das Antreibelsystem und mangelhafte Schutzvorrichtungen zurückzuführen sind. Die Papierzeitung aber sagt: „Genau wie bei den Verkehrsunfällen sind also Verdrüßlichkeit und Rücksichtslosigkeit, Gewöhnung an die Gefahr, Abtötung, mangelnde Selbstziplin usw. häufige Unfallursachen. . .“ Keine Statistik aber meldet die verübten Unfälle, vor denen die Arbeiterschaft durch die stille, systematische Arbeit der Unfallversicherungsfachleute, der Berufsgenossenschaften, bewahrt wurden.

Das Letztere wird gewiß dankbar anerkannt. Unverständlich aber ist jedem denkenden Arbeiter, warum er nun an dieser Unfallverhütung, an der Durchführung dieser Maßnahmen, nicht selbst mitarbeiten, und zwar verantwortlich mitarbeiten soll.

Man befürchtet, eine nicht zu überschätzende Erhöhung der Verwaltungskosten durch Sitzungen und sonstige Spefen“. Dabei ist aber zur Rechtfertigung der hohen Verwaltungskosten der berufsgenossenschaftlichen Organe betont worden, daß das nur ein Beweis für das richtige Funktionieren (Nachunterstützungen — Rentenzuzugungen) der Unfallversicherung sei. Selbst bei ungenügender Würdigung des Wertes der Unfallverhütung wird es nichts ausmachen, wenn dieses neue Aufgabengebiet anfänglich eine Steigerung der Verwaltungskosten mit sich bringt. Ein erhöhter Anlauf von Verwaltungskosten für die Verhütung von Unfällen wird zu allen Zeiten besser angewandt sein, als für eine ständige Überwachung des Unfallversicherungers auf seinen tatsächlichen oder vermeintlichen prozentualen Unfallschaden. Daß überhaupt durch die Errichtung der gleichberechtigten Unfallversicherungsausschüsse die Verwaltungskosten steigen müssen, ist eine unbewiesene Behauptung. Die künftigen Sitzungen würden, so sagt man, „an die Beteiligten ganz andere Anforderungen stellen als bisher“. Wenn das Aufgabengebiet bisher unter der Alleinherrschaft leicht genommen worden ist, so wird es wohl nichts schaden, wenn die sehr wichtige Unfallverhütung als eine gewichtige Angelegenheit der Beteiligten künftig empfunden wird.

Wer sich dieser höheren Anforderung unterwirft, wird der Sache in erster Linie nützen. Geben diese höheren Anforderungen von den Arbeitnehmern aus, so ist nicht einzusehen, weshalb man auf einen verständigen Antrieb verzichten will. Schließlich versucht man mit dem Hinweis auf die alleinige Beitragsumlage der Arbeitgeber zur Unfallversicherung die Mitarbeit der Arbeitnehmer in den Unfallversicherungsausschüssen zu verhindern. (Siehe auch „Papierzeitung Nr. 27/1930“, „Deutsches Offset- und Steinbrudergewerbe Nr. 7/1930“, „Kartonnagenzeitung Nr. 17/1930“ u. a. m.) Eine derartige Verquickung ist recht unglücklich gewählt. Man braucht auf der Lohnseite einen Wozug für die Unfallversicherung nicht zu haben und kann trotzdem für die Maßnahmen der Unfallverhütung einen guten Rat haben und als Beteiligter ein Wort mitreden. Außerdem wird ja auch der Beitrag zur Unfallversicherung wohl vom Arbeitgeber bezahlt, aber vom Arbeiter erdient. Wie übrigens der gesamte Aufwand für die Sozialversicherungen ein Teil des erdienten Arbeiterlohnes ist, der einkaufert und für die Zukunftsbedeckung bei den einzelnen Versicherungen angelegt wird. Nicht zuletzt trägt der Arbeiter seine eigenen Knochen zum Markte und hat also wohl das erste Recht, über Unfallverhütung und -versicherung mitzureden!

Da wo das Leben ist, wechseln die Bilder, die wirtschaftlichen und die sozialen. Die ungeheure Arbeitsmaschinerie unserer Tage verlangt Einrichtungen, die Schaden und Unfälle verhindern. Ohne die Arbeitnehmer ist diese Unfallverhütung nicht denkbar. Sind die Berufsgenossenschaften ihre Träger, so muß bei der Zusammenziehung ihrer Selbstverwaltungsorgane auf diese einfache Zwangsausführung Rücksicht genommen werden.

Allgemeine Rundschau

Aktiver Außenhandel im 1. Vierteljahr 1930. Die deutsche Außenhandelsstatistik schließt für den Monat März mit einem Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 220 Millionen RM. ab. Die Ausfuhr stieg gegenüber Februar um rund 80 Millionen RM., die Einfuhr ist sich ungefähr gleichgeblieben: 883,6 Millionen RM. im März gegen 880,6 Millionen RM. (nach Abziehung des Zollabrechnungsverkehrs) im Februar. Die Ausfuhrsteigerung entspricht annähernd der größeren Anzahl von Tagen im Monat März, das Gleichbleiben der Einfuhr veranlaßt sich unter diesem Gesichtspunkt in eine stärkere Einfuhrrentung. Auf den Tag umgerechnet ergeben sich in der Tat bei der Ausfuhr für Februar 36,6 Millionen RM., für März 35,6 Millionen Reichsmark, bei der Einfuhr für Februar 31,4 Millionen Reichsmark, für März 28,5 Millionen RM. Die tatsächliche Einfuhr für März liegt ebenso wie schon für die Monate Januar und Februar infolge des noch nicht gemeldeten Zollabrechnungsverkehrs um 50 Millionen Reichsmark höher als ausgewiesen. Der Aktivasaldo der Handelsbilanz im März beläuft sich also auf rund 170 Millionen RM.

Für das erste Vierteljahr 1930 ergibt sich damit, nach Berücksichtigung der durch die Zollabrechnungen erforderlichen Veränderungen einen Ausfuhrüberschuß des deutschen Außenhandels von rund 230 Millionen RM.

Die Steigerung der Ausfuhr im März wird nahezu ausschließlich durch die Erhöhung der Ausfuhr von Fertigwaren bewirkt. Diese stieg von Februar auf März um 77,8 Millionen RM. Bei Berücksichtigung des Unterfehles in der Länge der beiden Monate bedeutet dies, daß sich die Fertigwarenausfuhr im März ungefähr auf derselben Höhe wie im Februar gehalten hat, während die Ausfuhr von Lebensmitteln, Gewürzen, Rohstoffen und halbfertigen Waren sich zahlenmäßig gleichgeblieben, also tatsächlich zurückgegangen ist.

Das Gleichbleiben der Einfuhr, das bei Berücksichtigung des Tagesunterfehles als Abinken zu werten ist, gilt nicht für alle Warengruppen. Vielmehr stellt sich das Ergebnis als ein Ausgleich zwischen einer rückläufigen Bewegung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und einer Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren dar. Die Lebensmittel-Einfuhr sank um rund 20 Millionen RM., die Rohstoffeinfuhr blieb sich gleich (fast also im Tagesdurchschnitt), während die Fertigwareneinfuhr um mehr als 23 Millionen RM. stieg.

Deutsches Umsatzneuaufkommen 1929. Nach den vorläufigen Berechnungen betrug das Aufkommen aus der deutschen Umsatzsteuer im Deutschen Reich im Jahre 1929 = 1 005 995 000 RM. Das würde einen deutschen Gesamtumsatz von rund 134,13 Milliarden RM. gegen 124,27 Milliarden RM. im Jahre 1928 ausmachen. Es wies demnach ein leichter Rückgang des deutschen Gesamtumsatzes im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahre an verzeichnen gewesen.

Der Deutsche Warenschutz. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß wir seit einiger Zeit in Deutschland eine „Deutsche Warenschutz-Betrieb-G. m. b. H.“ haben, die die deutschen Waren gegenüber den ausländischen besonders kennzeichnen will. Das Kennzeichen ist ein an roten Fäden abgedrucktes Dreieck mit den Buchstaben „D. M. S.“ Wir werden unserer noch von Tag zu Tag sich vergrößernden Arbeitslosigkeit nicht eher Herr werden, als bis wir die deutsche Arbeit wirksam gegen die ausländische Konkurrenz geschützt haben. Manche Auslandsware wird gedankenlos gekauft. Diesem Uebelstand könnte leicht abgeholfen werden dadurch, daß man die deutsche Ware entsprechend kennzeichnet. Diesen Gedanken will die „Deutsche Warenschutz-Betrieb-G. m. b. H.“ in alle Käuferkreise tragen. Der deutsche Warenschutz im Inlande ist um so notwendiger, wenn man — um nur einige Beispiele zu nennen — weiß, daß infolge der gewaltig gestiegenen Einfuhr von Schuhwaren heute in Birmansien von 40 000 Einwohnern 10 000 arbeitslos sind, und die Mehreinfuhr englischer Stoffe im Jahre 1928 gegenüber 1927 der Produktion von 30 deutschen Tuchwarenfabriken mittleren Umfanges mit 1,6 Millionen Arbeitstagen gleichkommt. Den Slogan der „Deutschen Warenschutz-Betrieb-G. m. b. H.“ ist: „Pflanzheim (Berlin, Hamburg).“

Bodenreformbewegung. Unter verstärkter Beteiligung aus allen Schichten und Gruppen des deutschen Volkes nahm der 33. Bundestag der Deutschen Bodenreformer in Würzburg einen glänzenden Verlauf. Nicht weniger als 200 Körperschaften hatten ihre Delegierten entsandt, darunter die Spitzenorganisationen der Angestellten, Arbeiter und Beamten der verschiedensten Richtungen, die Großorganisationen der Kriegsgeschädigten, Kleingärtner, Mietervereine, Jugendorganisationen und viele andere mehr. Damals, der einmütigen zum Vorstehenden wiedergewählt wurde, ließ in seinem Bericht „Unsere Arbeit und Aufgaben“ zunächst die Toten sprechen und zeigte an ihnen die ganze Welt der Bewegung. Es wurden u. a. genannt: Dr. Sonnenschein und die Arbeiterführer

Behm und Gutsche. Bei den Darlegungen der Aufgaben wies Damalsche ihn auf die Notwendigkeit der Steuerreform, einer tatkräftigen Hilfe für die schwermüde deutsche Landwirtschaft und auf die Notwendigkeit der entgeltlichen Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes. Justizrat Dr. Vierg referierte eingehend über den Bauandgesetzentwurf, daß er in keiner Weise den Forderungen der Bodenreformer entspreche.

Alle Vorträge stellten die Heimstättenfrage und das Wohnheimstättengesetz in den Mittelpunkt. Kreuz, der Präsident des deutschen Caritasverbandes und M. d. R. W. M. in Sprachen über die „Heimstättenfrage“ in ihrer religiös-sittlichen Bedeutung. Reichsgerichtspräsident Simons betonte in dem Vortrag „Heimstättenfrage und Strafrechtsreform“, daß ohne Heimstättenreform auch die umfänglichste Strafrechtsreform ihr Ziel verfehle. Eine tatkräftige Bodenreform sei für die Bekämpfung der Kriminalität wirksamer als die beste Strafrechtsreform. Stadtbaurat May, Frankfurt a. M., forderte in seinem Vortrag „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Heimstättenbildung“ eine planmäßige Abfertigung der hochgetriebenen Bodenpreise durch die Gemeinden durch Boykott allen Baugeländes, für das unangemessene Preise gefordert werden. Studienrat Dr. Kahner sprach für die höheren Schulen über „Die Heimstättenfrage in ihrer erzieherischen Bedeutung“ und Schulrätin Petersen, Pädagogische Akademie Kiel, über dasselbe Thema für die Volksschulen. Professor Dr. Rietschel zeigte in seinem Vortrag „Die Heimstättenfrage in ihrer gesundheitlichen Bedeutung“, wie gerade die Zusammenbrängung in engen Räumen, die Anfälligkeit stark erhöht und die Widerstandsfähigkeit des Körpers stark sinkt. M. d. R. Uffka wies im Vortrag „Grenzland und Siedlung“ darauf hin, wie nur durch eine tatkräftige Siedlung unsere so stark bedrohten Grenzen erhalten werden können und forderte mit allem Nachdruck Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage gerade der bäuerlichen Siedler im Osten, um so die ersprechende Abwanderung aufzuhalten.

Es hat eine geschichtliche Bedeutung, daß die Vertreter von 8-9 Millionen deutscher Menschen mit ihren Erklärungen ihren Luftbaumillen im Sinne der Bodenreform bekundeten. Da erklärten sich für die Befreiungen der Bodenreform die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten der verschiedensten Richtungen, die katholischen und evangelischen Jungmännerbünde, der Reichsverband der Kleingartenvereine, Bund Deutscher Mietervereine usw.

Der Bundestag wandte sich in Entschließungen gegen den Bauandgesetzentwurf, der den Wünschen von Millionen nicht entspreche, forderte weiter ein Rotgesetz, daß die Landesgesetze über Baubeschränkungen und Festsetzung von Bauaufsichtlinien ihre Gültigkeit erlangen, weist endlich Reichsregierung und Reichstag auf die Gefahr hin, daß dem deutschen Volke sein Boden und seine Erträge durch Monopolfestsetzungen der verschiedensten Art entzogen werden und verlangt die endliche Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung.

So war der Bundestag eine machtvolle Kundgebung für das Wohnheimstättengesetz. Damals schloß den Bundestag, der in allen Schichten des deutschen Volkes das größte Echo gefunden hat, mit dem Hinweis, daß nur deutsche Bodenreform deutsches Land dauernd deutschen Menschen erhalten kann, daß nur deutsche Bodenreform die Grundlage abgibt für einen gesunden Volksaufbau. Wa.

Aus den Berufen

Reichslohntarif für Buchdrucker und Buchdruckerei-Hilfsarbeiter

Von der Kündigungsmöglichkeit des Reichslohntarifs für Buchdruckerhilfen und Hilfsarbeiter wurde wieder von den Arbeitnehmerorganisationen nach vom Deutschen Buchdrucker-Bereich am 30. Juni Gebrauch gemacht. Dieser Reichslohntarif verlängern sich somit automatisch bis Ende Dezember 1930. Diese Maßnahme dürfte auch für die verwandten Berufe richtunggebend sein.

Tarifverhandlungen im Steindruckgewerbe

In der Zeit vom 5. bis 7. Mai wurde in Berlin über den Abschluß eines neuen Manteltarifes für das Steindruckgewerbe verhandelt. Vom Verband der Lithographen und Steindrucker wurden u. a. hauptsächlich folgende Forderungen zur Geltung gebracht: Tägliche Arbeitszeit 7 Stunden, Ausgelehrt RM. 45 die Woche, höchstens 60 Überstunden im Jahr und eine Sperre der Lehrlingeinstellung. Die Unternehmer dagegen versuchten, mit ihren Forderungen ausgesprochene Konjunkturpolitik zu treiben, in dem sie folgenden Verschlechterungen das Wort redeten: Für die 2. Schicht sollte kein Zuschlag mehr gezahlt werden. Bei Mangel

an Gas, Strom oder Kohle soll auf Verlangen der Geschäftsleitung die Zeit ohne Bezahlung des Überstundenzuschlages nachgeholt werden. 61 Orte sollen niedriger eingestuft werden. Überstunden sollten willkürlich gefordert werden können. Ausnutzung der Lehrlingsstaffel. Ferienbeschneidung. Fortfall der Entschädigung beim Bronzedruck. Ausdehnung der Probezeit und Ausbildungsarbeit auf 4-6 Wochen.

Dazu ein allgemeiner Lohnabbau in folgender Form: „Der zur Zeit geltende Mindestlohn für Ausgelernte im 1. Gehilfenjahr wird um 10% ermäßigt.“

„Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages wird eine allgemeine Lohnkürzung um 10% vorgenommen.“

Bei solchen Arbeitgeberabsichten war es verständlich, daß sich die Verhandlungen äußerst schwierig gestalteten. Nach 3 Tagen und einer Nacht Verhandlungszeit stellte man fest, daß weder Erfolge nach der einen oder anderen Seite möglich waren und verlängerte den Vertrag, abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen, in der bisherigen Form auf ein weiteres Jahr, also bis zum 31. Mai 1931.

Aus den Ortsgruppen

Dortmund. In unserer monatlichen Versammlung am 3. Mai konnte Vorsitzender Kollege Bedder, eine stattliche Anzahl Mitglieder der eigenen Ortsgruppe und Kollegen von Unna willkommen heißen. Es wurden zuerst einige wichtige geschäftliche Angelegenheiten erledigt, so das Gewerkschaftsfest am 27. Juli und der Vortrag des Landesgeschäftsführers, Kollegen Kaiser, Köln. Kollege Bedder hat die Anwesenden, sich doch rege zur 25jährigen Jubelfeier der Ortsgruppe Hagen am 10. Mai einzufinden. Der Jugend- und Kassenbericht konnte manche interessierende Sache verzeichnen. Bezirksleiter Kollege Kembugler hielt sodann ein Referat: „Was jeder aus seinem Tarifvertrag wissen muß.“ Er gab einleitend einige Erläuterungen, betonte die Wichtigkeit der Tarifkenntnis nicht nur im Lohn-, sondern vor allen Dingen auch im Manteltarif. Der Referent sprach dann weiter über die Rechtslage unserer Tarife und behandelte die wesentlichsten Punkte sämtlicher Tarife. An Hand praktischer Beispiele verstand er es, dieses wichtige Gebiet den Anwesenden nahe zu bringen und verständlich zu machen. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. Die Aussprache brachte noch manche Klärung in Tarifsachen. Kollege Bedder sprach allen Dank aus und konnte, da unter Verschiedenes nichts wichtiges vorlag, nach 2stündiger Dauer die Versammlung schließen. K. G.

Freiburg. Einen sehr gut besuchten Abend hatten wir in unserer Monatsversammlung, Samstag, den 3. Mai. Neun Kollegen konnten auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde die Versammlung festlich gestaltet. In der heutigen Zeit ist es ja ein seltenes Fest, 50 Jahre im Beruf tätig zu sein. Deshalb feierte auch die ganze Ortsgruppe freudig mit. Alle Jubilare gehen noch rüstig ihrer Arbeit nach. Diese Kollegen haben ein ganzes Menschenalter mit wertvoller Arbeit zugebracht. Sie haben uns allen viele Kulturwerte vermittelt. Im festlich geschmückten Versammlungstotal nahmen die Jubilare unter 9 Triumpfbogen Platz. Der Vorsitzende, Kollege Birt, begrüßte sie besonders herzlich. Als Gäste waren vom Ortsrat anwesend die Kollegen Gauterwasser, Schürlein und Schüller. Ferner ein alter Bekannter und früheres Mitglied, Herr Dr. Rappenecker, sowie der künstlerische Beirat der Firma Herber, Herr Köhler. Letzterer hatte freundlicherweise das Referat übernommen. In bedeutungsvollen Ausführungen sprach er über: „Die heutige Buchausstattung, ein Produkt der Zusammenarbeit von Technik und Kunst.“ Der Redner besprach die Tätigkeit des Buchhändlers in enger Zusammenarbeit mit dem Handwerker. Zusammenarbeit sei das Lösungswort heute auch im Buchgewerbe. Wir dienen alle einer Kulturaufgabe, dem deutschen Buche, das den Büchern anderer Länder in seiner künstlerischen Gestaltung weit voraus ist. Gewiß schlägt die Maschine den Laik zu unserer Arbeit, das ist aber unsere Zeit, und da wir in ihr leben, müßten wir auch sie lieben. Das Buch muß den Stempel unserer Tage tragen, dann wird es die Wirtschaftskrisis mit überwinden helfen, und in diesem Sinne müssen wir uns alle die Hand reichen zu aufbauender Zusammenarbeit.

Nach reichlich gespendetem Beifall dankte Vorsitzender Kollege Birt, dem Redner für seine Ausführungen.

Der 2. Teil des Abends galt der Erung unserer Jubilare. Der Prolog: „Unsere Jubilare“, vorgelesen von Lehrling Kallenbach, gefiel sehr gut. Kollege Birt gratulierte den Kollegen zu ihrem 50jährigen Berufsjubiläum und dankte für die erwiesene Liebe und Treue zum Verbande. Ganz besonderen Dank widmete er den Frauen der Jubilare, da sie die Notwendigkeit des Verbandes erkannt haben und ihre Männer gerne zum Besuch der Versammlungen beurlaubten.

Als Anerkennung wurde sämtlichen Jubilaren ein schöner, mit Flieder geschmückter Korb, gefüllt mit viel nützlichen und verlockenden Sachen, überreicht. Jugend-

leiter, Kollege Federer, überbrachte die Glückwünsche der Jugend, Kollege Lauterwasser die des Kartells, Kollege Buz als Betriebsrat die der Kollegen und Kolleginnen der Firma Herber. Kollege Gremmelsbacher, als Meister Winterer, gab noch eine humorvolle Szene aus dem Betrieb zur größten Freude der Jubilare zum besten. Für die Jubilare nahm Kollege Schwarz das Wort und brachte die Freude über die Überraschung und den Dank für die Ehrungen zum Ausdruck. Anschließend spielte unsere Musik den „Bum“-Marsch, den unser Jubilar, „Vater Büchle“, mit jugendlichem Feuer dirigierte. Herr Kappenecker, ein früherer Buchbinder, sprach über die von den Jubilaren geleistete Pionierarbeit.

Die Feier hinterließ den besten Eindruck und machte dem verantwortlichen Leiter des Abends, Kollegen Buz, alle Ehre.

Den Jubilaren, unsern lieben Kollegen: Aker Josef, Bockstahler Georg, Büchle Justus, Dörr Adolf, Glunkler Georg, Mangold Anton, Schwarz Lorenz, Widmann Euer, Zimmermann Wilhelm auch an dieser Stelle unsere herzlichsten Glückwünsche. Sch.

Hagen. 25 Jahre Graphischer Zentralverband in Hagen. Unter diesem Titel brachten die Hagener Tageszeitungen am Jubiläumstage, Samstag, den 10. Mai, eine längere Abhandlung über die 25jährige Geschichte unserer Ortsgruppe, sowie über unseren gesamten Verband. Die Ortsgruppe hat sich in den vergangenen Jahren durchgesetzt, sie ist örtlich stets führend gewesen auf den verschiedensten Arbeitsgebieten für unsere Berufsangehörigen. Die Jubiläumsfeier am Samstag, den 10. Mai, im tath. Gefellenshaufe war ein voller Erfolg. Die Vorbereitungen waren sehr gut durchgeführt. Der vorbereitenden Kommission, besonders dem Kollegen Gummertsbach jun. gebührt für die umfangreiche Arbeit Dank und Anerkennung.

Die Leitung des Festabends lag in Händen unseres Bezirksleiters, Kollegen Kembügler. Aufs herzlichste begrüßte derselbe all die vielen Erschienenen. Besonders genannt wurden Herr Stadtbaurat Regel als Vertreter des Herrn Oberbürgermeisters, Herr Regierungsrat Belten vom Arbeitsamt Hagen. Bezirksleiter Ales vom christl. Metallarbeiterverband für das Bezirksamt Hagen, Arbeitersekretär Ziebach von den tath. Arbeitervereinen, Herr Lenz von den evangelischen Arbeitervereinen, Gewerkschaftssekretär Müller vom christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verband, Gewerkschaftssekretär Gölke vom christlichen Bauarbeiter-Verband. Unsere Freunde vom Gutenberg-Bund waren zahlreich vertreten, an der Spitze der Vorsitzende, Kollege Wouters. Ferner waren anwesend die Vorsitzenden der christlichen Berufsverbände der Beteiligungsarbeiter, der Maler und der Textilarbeiter. Die „Westdeutsche Volkszeitung“, sowie die „Hagener Zeitung“ hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Unsere Ortsgruppen Dortmund, Essen, Köln, Paderborn und Meschede waren durch Delegationen vertreten. Freudig begrüßt wurden unser Verbandsvorsitzender und unser Verbandsstassierer, die Kollegen Adam Hornbach und Josef Kuner, Köln. Einen besonderen Gruß entbot Kollege Kembügler den 4 Jubilaren Michael Wollis, Fritz Janßen, Bernhard Gummertsbach und Wilhelm Hoster, sowie deren werten Familienangehörigen. Die Mitwirkenden bei der Jubiläumsfeier, das Salonorchester Hagen, das Doppelquartett „Heimatlänge“, sowie Frä. Wia Rettner, Mitglied der Langgruppe am Stadttheater Hagen, wurden ebenfalls herzlich begrüßt. Eine Anzahl Begrüßungsschreiben lagen vor. So u. a. vom Herrn Oberbürgermeister Dr. Raabe, vom Senator unseres Verbandes, Kollegen Josef Hillen, vom Bezirk „Niederhein“, sowie von den Ortsgruppen Gütersloh, Münster und Unna.

Die Darbietungen folgten in schöner Folge. Besonders erfreute das Doppelquartett „Heimatlänge“, dem auch unser Jubilar, Kollege Hoster, angehört. Die „Heimatlänge“ sind im Nordwestdeutschen Verbandsbezirk keine Unbekannten. Wie immer, so jonglierten sie sich auch diesmal in die Herzen aller Anwesenden schnell hinein. Immer wieder gemollte Zugaben bewielen das Interesse der Zuhörer. — Den Höhepunkt des Abends bildete die Festansprache unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hornbach. Er schilderte die vielen Schwierigkeiten, welche unser Verband und auch die Jubiläum Ortsgruppe bei der Gründung und in den folgenden Jahren zu bestehen hatte. Nur im Gedanken an die Idee der Bewegung war es den Gründern möglich, das Geschaffene mehr und mehr voranzubringen. Am Jubiläumstage gelte es, den Gründern der Ortsgruppe Dank zu sagen für alle Arbeit und Mühen. Vieles sei geleistet worden. Schwere Opfer hätten gebracht werden müssen. Zu Dank verpflichtet wären wir auch den Frauen der Gründer, sie hätten viel dazu beigetragen, das Wert voranzubringen. Kollege Hornbach kam dann auf einige wichtige Vorgänge innerhalb der Ortsgruppe zu sprechen. U. a. auf 2 Kämpfe in der Nachkriegszeit und

2 weitere Kämpfe in der Nachkriegszeit. Alsdann feierte er die 4 Jubilare. Michael Wollis ist der eigentliche Gründer der Ortsgruppe. Treu und unerschrocken tat er seine Pflicht. Fritz Janßen war lange Jahre der Kassierer der Ortsgruppe. Noch heute zählt er zu den eifrigsten Versammlungsbesuchern. Wilhelm Hoster kam kurz nach Gründung der Ortsgruppe von Hamburg nach Hagen. Stets hat er mitgeholfen am weiteren Ausbau und Aufbau der Ortsgruppe. Lange Zeit war er der 2. Vorsitzende. 1913 wurde er in den Zentralvorstand des Verbandes berufen, und seit 1920 ist er der 2. Vorsitzende des Zentralverbandes. Bernhard Gummertsbach ist Doppeljubilar. 25 Jahre Mitglied des Verbandes und 25 Jahre der Vorsitzende der Ortsgruppe Hagen. Er hat sich großes Vertrauen, nicht nur in der Ortsgruppe, sondern im ganzen Verbandsverband erworben. Wer kennt nicht den „alten Bernhard“. Als Generalversammlungsbelegierter und überall, wohin ihn das Vertrauen der Mitglieder entfaltete, wurde auf sein Wort gehört. Als Unterhändler im Tarifwesen, als Betriebsrat, als Vertreter im Ausschuss der Krankenkasse, in der örtlichen Gesamtbewegung, überall, wo es galt, die Interessen der Arbeiterschaft und des Verbandes zu vertreten, stellte Bernhard Gummertsbach seinen Mann. Allen Jubilaren, besonders aber Bernhard Gummertsbach, unsern besten Dank, verbunden mit den besten Wünschen für eine glückliche Zukunft. Der Jugend stellte Kollege Hornbach die 4 Jubilare als leuchtendes Vorbild vor. Im Interesse der Arbeiterschaft liegt es, wenn unsere Jugend den Jubilaren nachschaut. Kollege Hornbach überreichte den Jubilaren alsdann das Verbandsdiplom und die Silber-Verbandsnadel. — Die Ehrung der Jubilare für die Ortsgruppe nahm Kollege Kembügler vor. Zum äußeren Dankezeichen erhielt jeder Jubilar einen großen, reichgefüllten „Westfälischen Frühstückskorb“. Ein dreifaches Hoch auf Jubilare und Ortsgruppe schloß diesen Akt der Ehrung. Ein stilles Gedenken widmete man alsdann dem Kollegen Johann Ales, welcher im Weltkrieg sein Leben für das Vaterland opferte. Glückwünsche für Jubilare und Verband sprachen dann von den oben genannten Gästen, Herr Stadtbaurat Regel, Herr Regierungsrat Belten, Kollege Ales, Kollege Wouters, Kollege Ziebach und Kollege Lenz, sowie Kollege Bedder. Dortmund, für die anwesenden Ortsgruppen. Für die Jubilare sprach Kollege Gummertsbach. Er dankte für all das Gesagte und für die Geschenke, meinte aber, er wüßte nicht recht, wofür das alles sein sollte. Was sie getan, sei ihre Pflicht und Schuldigkeit gewesen. Den Jungen sagte Kollege Gummertsbach einige sehr beherzigenswerte Worte.

Nach Abmüdung des Programms folgte ein flottes Tanzchen, das Alt und Jung noch einige Stunden gemüthlich beisammen hielt.

Herteln. Zu einer Werbeversammlung hatten wir am Sonntag, den 4. Mai, in das Lokal Plügge geladen. Der Besuch entsprach nicht den gegebenen Erwartungen. Während die Mitglieder gut vertreten waren, fehlten die geladenen unorganisierten Kolleginnen. Auch hier hat sich wieder einmal gezeigt, daß Werbearbeit nur durch intensive Kleinarbeit (Hausagitation) erfolgreich durchgeführt werden kann. — Gewerkschaftssekretär Kademacher vom christl. Metallarbeiterverband behandelte das Thema: „Die christl. Gewerkschaften im Kampf um den Aufstieg der Arbeiterschaft.“ — Unser Bezirksleiter, Kollege Kembügler, sprach über: „Die Tarifpolitik im Buchbindergewerbe.“ — Beide Vorträge wurden mit Interesse aufgenommen. In der Aussprache trat lebhaft der Unwille der Mitglieder gegen die Unorganisierten hervor. Die beiden Vorträge waren eine Mahnung an die Unorganisierten, nicht länger mehr abseitszustehen, sondern mitzuhelfen an der weiteren Arbeit für unseren Stadt, durch Eintritt in die christliche Gewerkschaft.

Stuttgart. Am 26. April fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Werrer, eröffnete dieselbe mit der üblichen Begrüßung, die vor allem auch unserem für Stuttgart vorgeesehenen Sekretär, Kollegen Steinhardt, galt. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden hielt Kollege Steinhardt ein Referat über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Als kennzeichnend für dieselbe mag angeführt werden die schon seit längerer Zeit herrschende große Arbeitslosigkeit. Unter dieser haben nicht nur wir als Deutsche zu leiden, sondern es bildet diese Angelegenheit ein internationales Problem. Einen trefflichen Hinweis bot ein Vergleich zwischen den Lagen, die uns der Youngplan auferlegt und jenen, die durch die große andauernde Arbeitslosigkeit verursacht werden. Einen weiteren Teil der Ausführungen des Referenten bildeten die Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung. Als wichtigstes Mittel wurde angeführt: Stärkung der Kaufkraft der breiten Volksschichten. Damit schaffen wir von selbst vermehrte Absatz- und Produktionsmöglichkeit. Kurz behandelte der Redner auch noch die Geschäftsabschlüsse der größten deutschen Unternehmungen, woraus hervorging, daß der leidtragende Teil im vergangenen Jahre doch nur größtenteils die Arbeiterschaft war. Interessante Vergleiche ließ ferner eine Statistik über die Steigerung des deutschen Volkseinkommens und

der Spareinlagen in den letzten Jahren zu. Zu den in immer stärkerem Maße in Erscheinung tretenden Rationalisierungsbestrebungen bemerkte der Vortragende, daß die deutschen Unternehmer nicht nur amerikanisch rationalisieren, sondern auch amerikanisch entlohnen sollten. Kollege Steinhardt schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, daß die Arbeitnehmerschaft mehr als bisher der Wirtschaftspragen Aufmerksamkeit widmen müsse, um den kommenden Auseinandersetzungen über die großen Probleme der Zukunft nicht ausgeschlossen zu werden.

In der Aussprache wurde auf manchen Punkt des Vortrages mit lebhaftem Interesse eingegangen. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung spielte dabei eine große Rolle. Man preist von gewisser Seite die Arbeitszeitverkürzung als Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit an. Dagegen wurde von arbeitslosen Kollegen die Auffassung vertreten, daß mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung schließlich nicht endgültig die Lage verbessert werden könne, wohl aber eine sozial sich günstiger auswirkende Verteilung der Kaufkraft innerhalb der Arbeitnehmerschaft sich erreichen lasse. Von Kollegen Lint wurde noch im besonderen darauf hingewiesen, daß Überstunden vermieden werden sollten und die in Arbeit Stehenden sollten bei einem diesbezüglichen Ansuchen an sie ihre Arbeitgeber auf die vielen Arbeitslosen verweisen, die oft froh wären, wenn sie nur einige Wochen arbeiten könnten.

Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, etwa Mitte Juli einen Ausflug zum Besuch einer benachbarten Ortsgruppe zu machen.

Im Schlußwort wies Kollege Werrer auf die günstige Mitgliederentwicklung der hiesigen Ortsgruppe hin mit der Bitte, in Zukunft die Versammlungen stets gut zu besuchen und auch agitatorisch kräftig mitzuarbeiten.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Abrechnungen landten ein bis zum 16. Mai 1930: Hagen, Al. Aheim, Erler, Barmen, Cleve, Revelar, Krefeld, Bielefeld, Dülmen, Hamm, Hildesheim, Jerteln, Münster, Rehm, Minden, Amberg, Augsburg, Immenhah, Regensburg, Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Krambach, Sach. Ludwigshafen, Berlin, Frankfurt, Götting, Karlsruhe, Reutahn (Schief).

Abrechnungen landten ein bis zum 16. Mai 1930: Köln, Neuf, Hagen, Seelach, Frankfurt, Amberg, Freiburg, Cleve, Jerteln, Bonn, Bielefeld, München, Regensburg, Barmen, Reutahn (Schief), Augsburg, Hildesheim, Heidelberg, Rehm, Dülmen, Frankfurt, Saar, Wiesbaden, Gießen, Krefeld, Krambach, Klingen, Wiesbaden, Düsseldorf, Berlin, Glogau, Immenhah, Erler, Dortmund, Münster, Götting, Aachen, Konstanz, Ludwigshafen, Düren, Essen, Waldenburg, Reutahn, Eilen, Arnberg.

Von 16 Ortsgruppen fehlen noch die Abrechnungen aus. Allen Abzügen danken wir für die pünktliche Erledigung.

An die monatlichen Zeitungen wird erneut erinnert.

Bis zum 7. Juni müssen die **Statistiken** zum Mai eingeleitet sein. Pünktliche und genaue Berichterstattung ist erwünscht.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen **Erich Büchler** nebst Frau die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung. Ortsgruppe Berlin

Unserer lieben Kollegin **Johanna Bracht** zu ihrer Vermählung viel Glück und Segen. Ortsgruppe Eberfeld

Unserem lieben Kollegen **Hubert Effer** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Rheind.

Unserem lieben Kollegen **Joseph Immermeister** nebst Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Wiedenbr.

Am 16. Mai starb unser lieber Kollege **Heinrich Mathia** nach längerem Schwerein Weiden. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Ortsgruppe Köln.